

30.11.2015

Union ist der Türöffner für die meisten Lobbyisten

Nach Eilklage: Parlamentsverwaltung veröffentlicht Liste mit Lobbyisten-Zugängen zum Bundestag/ Abgeordnetenwatch begrüßt Offenlegung



Im Bundestag gehen die meisten Lobbyisten mit Hilfe der Union aus und ein.

Foto: dpa/Michael Kappeler

Zuge von abgeordnetenwatch.de-Recherchen freiwillig mitgeteilt - nur die Union weigerte sich nach Informationen von Abgeordneten beharrlich, ihre Kontakte offenzulegen. Ein Blick in Liste zeigt, dass die Union mit Abstand den meisten Lobbyisten Zugang zum Bundestag verschafft hat.

Die Transparenzorganisation Abgeordnetenwatch.de begrüßte die Offenlegung. »Es ist überfällig, dass die Bundestagsverwaltung die Lobbykontakte der Fraktionen offenlegt«, sagte Sprecher Roman Ebener am Montag in Hamburg.

Auch die Organisation LobbyControl begrüßte die Veröffentlichung der Liste und drängt gleichzeitig auch weiterhin auf ein verbindliches Lobbyregister. »Es ist gut, dass wir nun wissen, wer im Bundestag mit Hausausweisen ein und aus gehen kann. Doch diese Informationen reichen nicht. Denn auf den Listen fehlen einflussreiche Lobbyakteure, die ohne Hausausweise Lobbyarbeit machen. Und wir erfahren nichts über die Budgets der Lobbyisten oder deren

Berlin. Im monatelangen Streit um die Offenlegung der Lobbyisten-Zugänge zum Bundestag hat die Parlamentsverwaltung nach einer Eilklage des Berliner Tagesspiegels nun eine Liste mit rund 400 Firmen und Institutionen vorgelegt. Die Liste nennt insgesamt 470 Verbände, Unternehmen und Organisationen, denen von den vier Bundestagsfraktionen Hausausweise bewilligt wurden.

Umweltschutz- und Sozialverbände, Gewerkschaften, staatliche Unternehmen oder Körperschaften des Gesundheitssystems sind ebenso vertreten wie Waffenproduzenten, Pharma- oder Versicherungskonzerne. Somit haben insgesamt 1.111 Lobbyisten ungehinderten Zugang zum Bundestag.

Linke, Grüne und zuletzt auch die SPD hatten dies im

Kunden. Um demokratische Kontrolle und Debatte zu ermöglichen, sollten wir Auskunft darüber erhalten, wer mit wie viel Geld und in wessen Auftrag Politik zu beeinflussen sucht. Deshalb sind nun die Parteien gefordert, in Deutschland endlich ein verpflichtendes Lobbyregister einzuführen«, sagt Ulrich Müller, geschäftsführender Vorstand von LobbyControl. Agenturen/nd

Artikel weiterempfehlen und ausdrucken

Hinweis zum Datenschutz: Wir setzen für unsere Zugriffsstatistiken das Programm Piwik ein. Besuche und Aktionen auf dieser Webseite werden statistisch erfasst und ausschließlich anonymisiert gespeichert.